

Sonntagszeitung, 17.11.2019, WIRTSCHAFT (Wirtschaft), Seite 18 - Ausgabe D1, D2, R - 946 Wörter

DER SONNTAGSÖKONOM

DAS GUTE AN DER BANANENREPUBLIK

United Fruit war der Bösewicht Nummer eins in Lateinamerika. Jetzt stellt sich heraus: So schlimm war der Chiquita-Konzern nicht.

Von Winand von Petersdorff

Der amerikanische Konzern United Fruit hat zentralamerikanische Diktaturen bestochen und gestützt. Er hat geholfen, einen demokratisch gewählten Präsidenten in Guatemala zu stürzen. Er hat Länder politisch und wirtschaftlich beherrscht, Arbeiterbewegungen unterdrückt und sich durch umfangreiche Lobbyarbeit den beständigen Rückhalt Washingtons gesichert. Die Vereinigten Staaten wurden auch deshalb von Generationen von Lateinamerikanern als Land angesehen, das demokratisch gewählte Regierungen absetzt im Interesse von amerikanischen Bananenkonzernen, sagt Wirtschaftshistoriker Geoffrey Jones.

Zwei Ökonomen haben jetzt das Wirken von United Fruit in Costa Rica genauer untersucht. Das Unternehmen ergatterte eine große Land-Konzession für Bananenplantagen und hielt diese für fast 100 Jahre von 1889 bis 1984, als United Fruit Costa Rica verließ. Die Plantagen entstanden entlang einer Eisenbahnlinie. Diese sollte ursprünglich gebaut werden, um Kaffee an die Karibik-Küste zu bringen zur Verschiffung nach Nordamerika und Europa. Die Bananen waren eigentlich nur zur Versorgung der Schienenleger und der Arbeiter gedacht, die den Urwald für das Projekt rodeten.

Das Eisenbahnprojekt drohte allerdings unter der Schuldenlast zu scheitern. Rechtzeitig entdeckte Firmenchef Minor Keith, dass der Export von Bananen lukrativ ist. Seine Firma wurde zum großen Bananenexporteur in Zentralamerika. 1899 vereinte Keith sein Unternehmen mit einem anderen großen amerikanischen Bananenhändler und gründete damit United Fruit. In den zwanziger Jahren hat sich United Fruit nach Jamaika, Kuba und der Dominikanischen Republik ausgedehnt. Der Konzern besaß zudem große Flächen in Kolumbien und Ecuador. In Costa Rica transformierte das Unternehmen die lokale Volkswirtschaft: United Fruit steuerte 1950 rund 58 Prozent der Exporte des Landes bei und beschäftigte jeden zwölften arbeitsfähigen Bürger des Landes.

Die Region in Costa Rica, in der die Plantagen entstanden, war kaum bewohnt. United Fruit musste im großen Stil Arbeitnehmer anlocken, um die Arbeit erledigt zu bekommen, darunter viele Immigranten aus Jamaika und Italien. Der Konzern war besorgt, dass so viele Arbeiter an Malaria und anderen Krankheiten starben, andere verließen die Camps nach kurzer Zeit wieder. Die Firma investierte deshalb in Abwassersysteme und Trinkwasserleitungen und legte Programme für die Gesundheitsvorsorge auf. Sie legte Schotterwege an mit Straßenbeleuchtung, baute Wasserdämme und betrieb Krankenhäuser.

Die Arbeiter und ihre Familien wohnten auf den Plantage-Arealen in Baracken der Firma, deren Standards die der Wohngebäude in umliegenden Gemeinden übertrafen. Zu den Dienstleistungen der Firma gehörten Schulen für die Kinder der arbeitenden Familien. In den fünfziger Jahren hat United Fruit 62 Grundschulen errichtet. Kinderarbeit wurde selten in den Bananenregionen. Zeitweise gab United Fruit mehr für die Beschulung der Kinder aus als die Regierung von Costa Rica.

Im Jahr 1984 verließ der Konzern Costa Rica. Die Forscher fanden allerdings positive Langzeitfolgen der Aktivitäten von United Fruit. Sie konnten auf das Wirken der Firma zurückgeführt werden, weil sie im Großen und Ganzen der einzige Arbeitgeber in regional gut zu identifizierenden Abschnitten des Landes war. Sie stellte deshalb oft auch als einzige Institution öffentliche Infrastruktur bereit. Diese Entwicklung erlaubt den Forschern, die Entwicklung der Bananenregionen

mit Gegenden zu vergleichen, in denen United Fruit nicht aktiv war.

Die zentrale Aussage der Studie lautet: "Wir haben herausgefunden, dass die Firma eine positive und langanhaltende Wirkung auf den Lebensstandard hat." United-Fruit-Regionen seien 1973 reicher als Nachbargebiete gewesen. Diese Kluft hat sich in den kommenden drei Jahrzehnten verringert, doch sie bestand 2011 immer noch. Die Autoren haben für die Studie historische Zensus-Daten aus dem Zeitraum von 1973 bis 2011 ausgewertet. Sie betrachten Konzern-Dokumente als Beleg dafür, dass es die größte Sorge des Unternehmens war, genügend Arbeitnehmer in die abgelegenen Gegenden zu locken und sie bei der Stange zu halten. Deshalb habe United Fruit stark in die lokale Infrastruktur investiert, was der Hauptgrund für die Wohlstandskluft gegenüber den Regionen ohne Bananenplantagen sei.

Besonders interessant ist folgende Überlegung der Autoren: Wären die Arbeiter mobiler gewesen, als sie in der Realität waren, wäre der Wohlfahrteffekt noch größer geworden. Denn die Firma hätte die Bereitschaft der Arbeitskräfte zu bleiben mit höheren Investitionen in die öffentliche Infrastruktur bezahlen müssen. Hatte die Firma eine Alternative, um Arbeiter zum Bleiben zu veranlassen? Theoretisch ja. Formen der Zwangsarbeit etwa in Peru oder Teilen von Afrika waren nicht ungewöhnlich. In Kolumbien haben bewaffnete Milizen und offizielle Streitkräfte Arbeiter am Verlassen der Bananenplantagen und an der Bildung von Gewerkschaften gehindert. Ehemalige Bananenregionen in Kolumbien (Santa Marta und Cienega) gehören zu den ärmsten des Landes. In Costa Rica aber herrschten andere Umstände: Die demokratischen Institutionen waren stärker als in anderen lateinamerikanischen Ländern. Dazu kam, dass Kaffeeproduzenten zur Elite des Landes gehörten und damit politisches Gewicht hatten. Sie hatten ein Interesse an der Mobilität der Landarbeiter für ihre saisonalen Ernten und schützten sie dementsprechend.

Das bedeutet auch, das nicht Gutherzigkeit des Konzerns der zentrale Grund war, Krankenhäuser und Schulen zu betreiben. Es war das ökonomische Kalkül, das United Fruit bewog, in öffentliche Infrastruktur zu investieren. Die Variante, die Leute zu zwingen, stand dagegen nicht zur Verfügung dank robuster Institutionen des Landes.

Hätte es noch einen anderen Weg gegeben für United Fruit? Hätte die Firma einfach die Arbeiter mit höheren Löhnen locken und halten können? Der Vorteil, das Geld lieber in Schulen zu stecken, lag darin, dass diese Investitionen die Arbeiter an dem Ort festhielten. Mehr Geld hätten sie mitnehmen können, die Vorteile einer besseren Bildung ihrer Kinder aber nicht. Das kann man als Maßnahme der Firma werten, die Freiheit der Arbeiter zu limitieren. Allerdings zeigt die Studie, dass die Investitionen in Humankapital und Infrastruktur den Lebensstandard für die Leute in den Bananenregionen langfristig verbessert haben, selbst nachdem die Firma das Land verlassen hat.

Esteban Méndez-Chacón/Diana Van Patten: Multinationals and Development: Evidence from the United Fruit Company in Costa Rica. 2019

Autor/en: Petersdorff, Winand von

Serie: Der Sonntagsökonom

Alle Rechte vorbehalten. © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH

Alle Daten und Artikel sind urheberrechtlich geschützt. Die Verwendung ist nur zum eigenen dienstlichen Gebrauch möglich. Nicht gestattet sind insbesondere jegliche Weitergabe an Dritte, Vervielfältigung sowie mechanische und oder elektronische Speicherung. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit des Inhalts der Beiträge besteht keine Haftung und Gewährleistung.